

ANDREAS MATTFELDT MdB

Ihr Abgeordneter für Verden und Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

wir befinden uns in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause. Kurzfristig scheinen es die Ampelkoalitionäre geschafft zu haben, sich grundlegend auf einen Haushalt für 2025 geeinigt zu haben. Wir dürfen gespannt sein, wenn es um die Ausgestaltung der einzelnen Haushaltspositionen geht. Ich bin mir sehr sicher, dass es hier innerhalb der Ampel größten Verwerfungen führt. Der Ausgang nach der Sommerpause bleibt mehr als unklar. Kritisch bleibt zudem die Lage rund um die Meyer-Werft.

Freudige Nachricht für unsere Region gibt es hingegen in gleich dreierlei Gestalt: So erhalten der Niedersachsenstein sowie die historische Orgel in St. Jakobi zum Erhalt Mittel über das Denk-

malenschutz-Sonderprogramm und über 3 Millionen Euro gehen über die Städtebauförderung an unsere Kommunen.

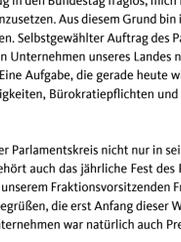
Mehr zu diesen und weiteren Themen wie gewohnt in den einzelnen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Eure

Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE



Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand

Meine Betätigung in mittelständischen Unternehmen hat mich seit Jahrzehnten beruflich wie auch persönlich geprägt. Daher war es für mich seit meinem Einzug in den Bundestag fraglos, mich für den Mittelstand, zu dem auch zahlreiche Unternehmen aus Osterholz und Verden zählen, einzusetzen. Aus diesem Grund bin ich bereits vor einigen Jahren dem Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion beigetreten. Selbstgewählter Auftrag des Parlamentskreises ist es, die Interessen der vielen – häufig familiengeführten – mittelständischen Unternehmen unseres Landes nicht aus den Augen zu verlieren und Deutschlands wirtschaftliche Kraft weiter zu stabilisieren. Eine Aufgabe, die gerade heute wieder an Brisanz gewonnen hat, da viele Mittelständler mit hohen Energiekosten, Lieferschwierigkeiten, Bürokratiepflichten und nicht zuletzt den Mangel qualifizierter Arbeitnehmer zu kämpfen haben.

Eine gute Sache ist es, dass der Parlamentskreis nicht nur in seinem eigenen Saft schmort, sondern gerade auf den Austausch mit den Praktikern setzt. Dazu gehört auch das jährliche Fest des Parlamentskreises, bei dem wir in lockerer Runde zusammenkommen. Dazu durften wir neben unserem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz als Eröffnungredner auch die frisch gebackene Fraktionskollegin Melis Sekmen begrüßen, die erst Anfang dieser Woche ihren Wechsel von der Grünen Fraktion zu unserer vollzogen hat. Als mittelständisches Unternehmen war natürlich auch Preußens mit eigenem Stand und Bier anwesend.

THEMEN DER WOCHE

Meyer Werft unterstützen

Wer kennt sie nicht, die Meyer Werft in Papenburg? Zunächst denke ich an die spektakulären Emsüberführungen oder die beeindruckenden Ozeanriesen, die in ihrer Qualität und Komplexität Welttrag haben. Über 3.000 Arbeiter sind auf der Werft direkt beschäftigt – hinzu kommen unzählige Arbeitsplätze aus der Zuliefererindustrie, die im gesamten Bundesgebiet ansässig sind. Damit ist die Meyer Werft integraler Bestandteil des norddeutschen – wie gesamtdeutschen – Wirtschaftsraums.

Derzeit debattiert der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über eine Bürgschaft für die Meyer Werft. Diese ist notwendig, da der Bau eines Kreuzfahrtschiffs ein mehrjähriges Projekt mit hohen laufenden Kosten ist. Daher ist eine solche Bürgschaft zunächst nichts ungewöhnliches – ungewöhnlich ist vielmehr die anhaltende Diskussion um die Erteilung.

Die Erteilung einer solchen Bürgschaft unterstütze ich ausdrücklich. Die Meyer Werft ist eine der größten und letzten deutschen Werften. Die Kreuzfahrtschiffe aus Papenburg sind zudem weltmarktführend. Daher appelliere ich dringend, eine Entscheidung zeitnah zu treffen. Die Werft, ihre Belegschaft und die Zulieferer brauchen Klarheit!

Wie steht es um den Bundeshaushalt 2025?

Gestern erreichten mich die ersten Meldungen zu einer außergewöhnlichen Sonder Sitzung der SPD- und Grüne-Fraktion am heutigen Morgen. Zunächst stand die große Frage im Raum, was der Zweck dieser Sitzungen ist. Es wurde dann klar: Das Triumvirat Scholz-Linder-Habeck hatte nach zähem Hin und Her und Gerüchten über mögliche Koalitionsbrüche am Donnerstag endlich eine Einigung zum Bundeshaushalt erzielt. Dies wurde den Ampel-Fraktionen heute Morgen mitgeteilt.

Angeblieh soll die Schuldenbremse eingehalten werden und ein „Wachstumsturbo“ für unserer Wirtschaft enthalten sein.

Dem Haushaltsausschuss wird der ausgearbeitete Regierungsentwurf nach dem regulären Fahrplan im August zugehen. Bis dahin läuft es skeptisch. Allgemein kann man der Ampel nicht vorwerfen, ihre Pläne und Gesetze nicht mit guten Marketing-Namen zu versehen. Exemplarisch stehen Olaf Scholz „Bazooka“ (Weg aus der Wirtschafts-Coronakrise), der „Doppel-Wumms“ (Bekämpfung der hohen Gas- und Stromkosten) und jetzt in Nachfolge sein „Wachstumsturbo“. Allerdings ist die Realität meist weit hinter den Namen zurückgeblieben. Im Sinne unserer Wirtschaft hoffe ich, dass der Name wirklich Sinn ist. Zur Erinnerung: Wir hinken mittlerweile stark zurück, das Wirtschaftswachstum liegt bei gerade einmal 0,3 Prozent.

Warum das Thema Luft- und Raumfahrt so wichtig ist

Wenn ich mich als zuständiger Abgeordneter für Luft- und Raumfahrt des Haushaltsausschusses mit dem Thema der Gefahr aus dem All beschäftige, wird mir immer wieder bewusst, wie klein wir Menschen sind und vor allem, wie wehrlos wir den unzähligen Objekten, die jederzeit auf unseren Heimatplaneten niedergehen können, ausgeliefert sind.

Zurzeit sind etwa 100.000 Asteroiden und Meteoriten mit einem Durchmesser von über 250 Metern bekannt, die zukünftig die Bahn unseres Planeten kreuzen könnten. Dies klingt umso bedrohlicher, wenn man bedenkt, dass bereits ein Einschlag eines 50 Meter großen Meteoriten eine ganze Millionenstadt auslöschen kann. Neue Erkenntnisse gehen zudem davon aus, dass ein Einschlag eines über einem Kilometer großen Asteroiden, welcher eine globale Katastrophe und womöglich sogar das Ende der Zivilisation auslösen kann, etwa alle 250.000 bis 500.000 Jahre stattfindet.

Doch leider sind diese Zahlen sehr unsicher, was daran liegt, dass die Forschung in diesem Bereich noch nicht weit ist. So existieren weltweit aktuell nur 3 bis 5 Teleskope, um unseren gesamten, gigantischen Nachthimmel nach solchen Objekten zu durchsuchen. Sichtungen von Asteroiden bleiben somit reine Zufälle. Besonders Eintritte „kleiner“ Objekte von weniger als 50 Metern Durchmesser in unsere Atmosphäre sind aktuell leider überhaupt nicht vorherzusehen.

Der 15.02.2013 macht uns ein für allemal deutlich, wie unverbreitet und schutzlos wir diesen Geschossen ausgesetzt sind, als ein etwa 19 Meter großer Meteor in 20 Kilometern Höhe in der Nähe der russischen Stadt Tscheljabinsk explodierte. Allein die Explosion in dieser großen Höhe rettete vermutlich unzählige Menschenleben. So blieb es „nur“ bei über Tausend Verletzten, die meist durch Glassplitter infolge der Druckwelle Schaden nahmen. Zum Vergleich: Die Explosion hatte eine Kraft von 30 Hiroshima-Atombomben. Ich will gar nicht darüber nachdenken, was passiert wäre, wenn dieser 50.000 km/h schnelle Brocken den Erdboden erreicht hätte.

Aufgrund dieser realen Gefahr vertrete ich die Auffassung, dass wir mehr Haushaltsmittel in die Forschung zur Asteroiden-Abwehr und Überwachung unseres Nachthimmels investieren sollten.

Die Hera-Mission der ESA, die Ende 2024 zum Asteroidenmond Dimorphos aufbrechen soll, um die Auswirkungen eines zuvor gezielten Einschlags einer NASA-Sonde auf seine Umlaufbahn um einen größeren Asteroiden zu untersuchen, ist ein guter Anfang, aber es bleibt ein Anfang. Übrigens ist auch federführend das Bremer Unternehmen OHB, bei dem auch viele Mitarbeiter aus den Landkreisen Osterholz und Verden arbeiten, beteiligt.

Ich setze mich als Haushalter für Luft- und Raumfahrt auf ein, die Forschung zur Asteroidenabwehr voranzutreiben, damit wir vorbereitet sind, wenn die Gefahr plötzlich unmittelbar bevorsteht. Klar ist, dieses Szenario wird uns irgendwann betreffen. Es ist nur eine Frage der Zeit.

Für mehr Anerkennung und Wertschätzung – Pflegende Angehörige weiter unterstützen

Für die Pflege waren die Ampeljahre bisher verlorene Jahre. Nach allen Prognosen wird es in dieser Wahlperiode keine größeren Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen geben. Dabei bilden pflegende Angehörige das Rückgrat der pflegerischen Versorgung: Über 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf werden in den eigenen vier Wänden gepflegt. Das sind rund 4,17 Millionen Menschen, die von knapp fünf Millionen Angehörigen versorgt werden. Meistens sind es die selbst betagten Ehepartner, die Versorgungsaufgaben übernehmen. Für diese Gruppe wollen wir das Vor-Ort-Netzwerk – bestehend aus Pflegestützpunkten, Quartiersmanagement, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe – verbessern. Über die Angebote soll besser informiert werden. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmals beraten – fordern wir die Bundesregierung überdies auf, den Einstieg in eine Entgeltersatzleistung/Lohnersatzleistung bei der Pflegezeit bzw. Familienpflegezeit anzustreben. Wir wissen, dass dies mit hohen Kosten verbunden ist – das Ziel wollen wir aber weiter im Blick behalten. Des Weiteren sollen die Begutachtungen durch den Medizinischen Dienst flexibilisiert und neutrale Instanzen zur Bescheidung in Widerspruchsfällen eingeführt werden.

Mit unserem Antrag greifen wir zahlreiche Forderungen auf, die wir mit unserem Positionspapier „Die Pflege zukunftsfest machen“ im letzten Oktober verabschiedet haben.

Stärkung der Ziviljustiz in internationalen Wirtschaftsstreitigkeiten durch Einrichtung von Commercial Courts

Die deutsche Justiz genießt zu Recht international große Anerkennung. Allerdings gibt es Defizite im Hinblick auf die Internationalität, die gerade aufgrund der zunehmenden Globalisierung immer wichtiger wird. Damit ausländische Vertragspartner und Prozessparteien nicht mehr davor zurückschrecken, vor deutschen Gerichten zu verhandeln, muss die staatliche Ziviljustiz in internationalen Wirtschaftsstreitigkeiten nachhaltig gestärkt werden. Dies soll durch die Einführung sog. Commercial Courts geschehen. Wir fordern mit unserem Antrag deshalb insbesondere eine Länderöffnungsklausel, damit die Länder per Rechtsverordnung Commercial Courts an Oberlandesgerichten einrichten können. In den Commercial Courts sollen Handels-sachen mit internationalem Bezug erstinstanzlich verhandelt werden können. Diese sollen für komplexe Wirtschaftsstreitigkeiten ab einem Streitwert von über 2 Millionen Euro zuständig sein, wenn eine entsprechende Gerichtsstandsvereinbarung der Parteien vorliegt. Zusammen mit unserem Antrag beraten wir abschließend den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit. Erst auf unseren Antrag hin wurde die Bundesregierung mit Vorlage des Justizstandort-Stärkungsgesetzes aktiv. Auch wenn das Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung ist, bedarf es nicht nur Änderungen des Prozessrechtes, sondern auch solcher im materiellen Recht, wie wir es in unserem Antrag vorschlagen.

Die Grenzkontrollen haben sich bewährt – Deutschlands Grenzen auch über die Europa-meisterschaft hinaus schützen

Mit unserem Antrag Die Grenzkontrollen haben sich bewährt – Deutschlands Grenzen auch über die Europameisterschaft hinaus schützen Grenzen wie über die Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Fußball-Europameisterschaft auf. Die Notwendigkeit für Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen haben die jüngsten Maßnahmen gezeigt: Seit dem 7. Juni 2024 schützt die Bundespolizei alle land-, luft-, und seeseitigen deutschen Grenzen. In diesen drei Wochen vollstreckte die Bundespolizei an den Grenzen 603 offene Haftbefehle, stellte 85 Fahndungstreffer mit Bezügen zur polnische-motivierte Kriminalität fest, nahm 150 Schleuser fest, und stellte 4.659 unerlaubte Einreisen fest. Wir fordern deshalb, die Notifizierung der Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen bis auf weiteres über die Dauer der Fußball-Europameisterschaft hinaus zu verlängern, um der Bundespolizei so lageangepasste Grenzkontrollen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen können ohne gravierende Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr durchgeführt werden – was auch ganz praktisch zeigt, dass kontrollierte Grenzen eben auch offene Grenzen bleiben. Die Bundespolizei hat hinreichende Erfahrungen, um die Kontrollen so flexibel und lageangepasst vorzunehmen, dass Auswirkungen auf die Öffentlichkeit minimiert werden.

Die Energiewende bezahlbar gestalten – Kosten sparen beim Netzausbau

Mit unserem Antrag Die Energiewende bezahlbar gestalten – Kosten sparen beim Netzausbau wollen wir sicherstellen, dass die Energiewende kosteneffizient und mit hoher Akzeptanz umgesetzt wird. Der Erfolg der Energiewende hängt entscheidend vom Ausbau erneuerbarer Energien und neuer Kraftwerke ab. Wir betonen deshalb die Notwendigkeit, Kosten zu sparen und die Netzkapazitäten effizient zu nutzen. Der Netzausbau und die Integration erneuerbarer Energien müssen besser koordiniert und, Offshore-Windenergie-Kapazitäten dürfen nicht ungenutzt bleiben, nur weil der Energieabtransport nicht sichergestellt ist. Wir fordern die Bundesregierung überdies auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Strompreise zu stabilisieren. Dazu gehört auch die Umstellung auf Freileitungen anstatt Erdverkabelung, um erhebliche Kosteneinsparungen zu realisieren. Wir drängen auf eine umfassende Kostenreduzierung, um die Belastungen für die Stromkunden zu minimieren und die Energiewende bezahlbar zu gestalten.

Gesetz zum beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken

In dieser Woche beraten wir unseren Entwurf für ein Gesetz zum beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken abschließend und parallel dazu den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen. Mit dem letztgenannten Entwurf soll im Wohnungseigentumsgesetz (WEG) eine Beschlusskompetenz für virtuelle Wohnungseigentümersammlungen geschaffen werden. Überdies wird im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufgenommen. Mit steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen (sog. Balkonkraftwerken) können Haushalte, egal ob Mietpartei oder Eigentümer, einen Teil des von ihnen benötigten Stroms selbst erzeugen. Dies reduziert die Stromkosten, macht unabhängiger und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Diese Möglichkeit ist ein kostengünstiger Einstieg in die Nutzung Erneuerbarer Energien, der unkompliziert und leicht realisierbar für alle sein muss. Derzeit besteht kein Anspruch für Mieter und Wohnungseigentümer, steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen eigenständig installieren zu dürfen. Wohnheimist dies von der Zustimmung des Vermieters bzw. bei Wohneigentumsobjekten von der Eigentümergemeinschaft abhängig. Diese Zustimmungserfordernisse stellen große Hindernisse beim beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken dar. Mit dem Gesetz werden Ansprüche von Mietern und Eigentümern für die Anbringung und Nutzung von Balkonkraftwerken geschaffen. Wir befürworten auch den Entwurf der Bundesregierung, denn er beinhaltet politische Forderungen der Union aus der Vergangenheit.

Energiespeicher jetzt ausbauen

Energiespeicher jetzt ausbauen. Für eine größere Energiesouveränität und zur Erreichung der Klimaschutzziele ist neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien für eine stabile und verlässliche Energieversorgung die Erlichtung von Energiespeichern essenziell. Windenergie- und Solaranlagen speichern Ökostrom tagszeit- und witterungsbedingt nicht ständig und gleichmäßig ein. Die Erzeugung von erneuerbaren Energien kann daher einerseits nicht jederzeit die zudem steigende Nachfrage nach Strom bedienen. Andererseits übersteigt insbesondere an Tagen mit entweder vielen sonnenreichen Mittagstunden oder mit viel Wind die Erzeugung von erneuerbaren Energien auch immer wieder die Nachfrage. In 15 konkreten Punkten schlagen wir mit unserem Antrag deshalb Maßnahmen zum Ausbau von Energiespeichern vor.

WAHLKREIS AKTUELL



Unser Praktikant Nils Markowsky tritt sich vor

Ich bin ein 21-jähriger Politikwissenschaftsstudent aus Bremen und habe momentan die Gelegenheit, den Politikalltag von Andreas im Deutschen Bundestag hautnah mitzuerleben. Nach den ersten vier von zehn Wochen meiner Zeit in Berlin kann ich sagen, dass mir die vielen Eindrücke aus dieser Zeit lange in sehr positiver Erinnerung bleiben werden.

So darf ich Andreas in jeder Sitzungswoche auf diverse Sitzungen und Veranstaltungen begleiten. Die regelmäßigen Sitzungen des Haushalts- und des Petitionsausschusses gehören hier in jeder Woche dazu. Besonders die seriöse und zügige Arbeit in diesen Gremien hat mich beeindruckt, weil man als Bürger sonst nur die Plenardebatten in den Medien wahrnimmt. Den sehr interessanten Prozess von der Vorbereitung in Andreas Büro, über die Vorbesprechungen und die AG's bis hin zu den Ausschusssitzungen konnte ich zudem von vorne bis hinten miterleben. Dazu durfte ich von der Zuschauertribüne des Plenarsaals aus viele Debatten beobachten, die ich mir in der Regel selbst aussuchen konnte. Hierzu gehörte auch eine Rede von Andreas zum Bericht des Petitionsausschusses. Ein besonderes Highlight meiner ersten Wochen in Berlin war der Besuch im Fraktionssaal der CDU/CSU unmittelbar vor der wöchentlichen Fraktionssitzung, bei dem Andreas mir einstele bekannte Gesichter zeigte und u.a. Philipp Amthor vorstellte.

Neben diesen vielen tollen Erlebnissen fühle ich mich in Andreas Büro jeden Tag sehr wohl, weil hier aufgrund der sehr netten und zuvorkommenden Kollegen immer eine lockere und angenehme Atmosphäre herrscht. Dazu kommt, dass die Arbeitsaufgaben, die man hier als Praktikant bekommt, sehr vielfältig und interessant sind. Die Zusammenkünfte der Presse aus dem Wahlkreis für Andreas gehörte hierbei genauso dazu, wie die Pflege seiner Social-Media-Kanäle, das Beantworten von Briefen und Mails und das Erstellen von Presseberichten. Hinzu kamen weitere Aufgaben wie das Journalisieren der Wahlkreisergebnisse zur Europawahl und der Anwerber, bei denen ich besonders kreativ sein und eigene Ideen einbringen konnte.

Ich freue mich jetzt schon auf den zweiten Teil meines Praktikums in Berlin, der im September nach der Sommerpause startet, weil mir die Zeit hier aufgrund der besonderen Vielfältigkeit der Aufgaben und Erlebnisse besonders großen Spaß macht. Das tolle Team um Andreas macht es einem zudem sehr leicht, sich hier wohl zu fühlen.

Niedersachsenstein erhält Bundeszuschuss für denkmalgerechte Sanierung

Der scheidende Verfall des Worspeweder Niedersachsensteins wird gestoppt. Der Niedersachsenstein in Worspewede erhält einen Bundeszuschuss von 328.500 Euro für die Sanierung aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm XIII (DS XIII). Das haben die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundtages beschlossen, denen die Auswahl der eingereichten Projekte obliegt und bei denen ich erfolgreich für den dauerhaften Erhalt des kulturellen Bauwerks geworben habe.

Der Haushaltsausschuss hat für das laufende Jahr Programmmittel von insgesamt 47,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seit 2009 sind rund 500 Millionen Euro Bundesmitteln in den Denkmalschutz geflossen, wodurch mehr als 3.000 national bedeutsame Kulturdenkmäler und historische Orgeln in ganz Deutschland saniert werden konnten. Dabei handelt es sich bei dem Bundeszuschuss um eine Förderung von 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Die verbleibende Differenz muss durch den Antragsteller bei Dritten eingeworben werden.

Dennoch profitiert die Gemeinde in zweierlei Hinsicht. Einerseits wird der Gemeindehaushalt durch den Bundeszuschuss erheblich entlastet. Andererseits wird sich der sanierte Niedersachsenstein als attraktives Ziel, in das bereits bestand gesetzte architektonische Werk des Worspeweders Bildhauers und Architekten Bernhard Hoetger innerhalb der Künstlerdofes einreihen, für das ich in der Vergangenheit erfolgreich Bundeszuschüsse erworben habe. Somit dürfen erste Arbeiten bereits im Jubiläumjahr anlässlich des 150. Geburtstages Bernhard Hoetgers beginnen können.

Für die erneute Idee, die Sanierung auf die Tagesordnung zu setzen, und meine frühzeitige Einbindung in das Projekt möchte ich insbesondere bei der Stiftung Worspewede herzlich danken – stellvertretend für ihre Mitglieder beim 1. Vorsitzenden, Christoph Bayer, und Kathrin Widhalm. Beide haben mir das Sanierungsprojekt bereits im Vorfeld ausgiebig vorgestellt, was zum Erfolg beigetragen hat.

Kirchlintel: 41.000 Euro Bundesförderung für die Sanierung der historischen Orgel in St. Jakobi

Die Kirchengemeinde Wittlohe in der Gemeinde Kirchlintel erhält knapp 41.000 Euro Bundesförderung für die Sanierung der historischen Orgel in St. Jakobi aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm XIII (DS XIII). Das habe ich als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundtages mit beschlossen. Zuvor warb ich bei den weiteren Mitgliedern ausdrücklich um die Zustimmung für das Denkmalschutzprojekt in der Gemeinde Kirchlintel.

Dem Haushaltsausschuss obliegt die Auswahl der eingereichten Projekte. Insgesamt hat der Haushaltsausschuss für das laufende Jahr 47,5 Millionen Euro für dieses Programm zur Verfügung gestellt.

Die Zusage des Haushaltsausschusses, die denkmalgerechte Sanierung der historischen Orgel mit knapp 41.000 Euro zu fördern, ist eine großartige Nachricht für die Kirchengemeinde Wittlohe. Die ungefähr 130 Jahre alte, denkmalgeschützte Furtwängler und Hammer Orgel ist sanierungsbedürftig und muss unbedingt erhalten werden, weil sie ein echtes Kulturdenkmal ist. Mit dem Bundeszuschuss wird die Kirchengemeinde in die Lage versetzt, nachhaltig wirksame Sanierungsmaßnahmen zu ergreifen und die besonders wertvolle Orgel dauerhaft zu erhalten.

Die Umsetzung eines solchen Projekts hat viele Köpfe und Hände. Mein Dank gilt daher dem Kirchenvorstand, der bereits vor Jahren mit mir Kontakt bezüglich des Sanierungsprojekts aufgenommen hatte. Im Sommer 2022 wurde es dann konkret. Dietrich Rechtholtz als Mitglied des Kirchenvorstandes und Pastor Wilhelm Timme hatten mich detailliert über den sanierungsbedürftigen Zustand der Orgel informiert und mich frühzeitig in das Projekt einbezogen. Der dann folgenden Antragsstellung eingebunden. In meiner ersten Reaktion nach dem Beschluss des Haushaltsausschusses zeigte sich Pastor Timme sehr erfreut und bedankte sich für meine Unterstützung. „Das ist ja etwas ganz Großartiges!“ Eine Furtwängler und Hammer Orgel ist etwas ganz Besonderes für unsere Region und kann durch die Bundesmittel langfristig erhalten werden, damit ihre schönen Klänge die Kirchengemeinde und Musikfreunde noch lange erfreuen kann.

Osterholz und Verden profitieren erneut von Städtebauförderung

Insgesamt gehen dieses Jahr über 3 Mio. Euro Städtebauförderung an unsere Kommunen in Osterholz und Verden. Über das Programm „Lebendige Zentren“, mit dem Stadt- und Ortszentren attraktiver und zu identitätsstiftenden Standorten für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur weiterentwickelt werden sollen erhalten wir 540.000 Euro für Osterholz-Scharmbeck Innenstadt und 162.000 Euro für Worspewede Ortskern. Daneben wird über das Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ nicht nur der Umbau der Lützkow-Kaserne in Schwanewede mit 1,8 Millionen unterstützt, sondern auch Achim bekommt 500.000 Euro über dieses Programm, um die baulichen Strukturen und den öffentlichen Raum an neue und sich ändernde Bedarfe anzupassen.

Dass meine Unterstützung unserer Region Früchte trägt, freut mich daher besonders, da mit diesen Revitalisierungsmaßnahmen nicht nur die Lebensqualität erhöht wird, sondern auch die örtlichen Handwerker davon profitieren können. Insofern setze ich darauf, dass die Mittel effektiv hierfür eingesetzt werden.

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 1. – 3. Juli: Notenbankkonferenz der Europäischen Zentralbank
- 2. Juli: Eurostat veröffentlicht Inflation Euroraum im Juni
- 2. Juli: Deutscher Landfrauentag mit BPräs Steinmeier, MP Günther, BM Özdemir, BM Paas
- 2. Juli: BK Scholz zu deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Warschau
- 2. Juli: neue niederländische Regierung wird vereidigt
- 7. Juli: Sommerinterview mit Chrupalla (ARD) und Weidel (ZDF)